

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

132. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 21. Oktober 2004

Tagesordnungspunkt 4:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zum **Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2003)** (Drucksache 15/3167)

12026 C

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren den Jahresabrüstungsbericht der Regierung für das Jahr 2003. Er datiert vom 14. Mai dieses Jahres und umfasst nahezu 200 Seiten. Er enthält wichtige Details über internationale Bemühungen, zum Beispiel zur Nichtverbreitung von Atomwaffen. Er unterschlägt allerdings erneut wesentliche Widersprüche der rot-grünen Rüstungspolitik.

Ich darf namens der PDS im Bundestag an Folgendes erinnern: SPD und Grüne waren 1998 mit hehren Zielen angetreten. Diese fanden Eingang in die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom Januar 2000. Gleich im ersten Satz steht: Die **Rüstungsexportpolitik** soll restriktiv gestaltet werden. – Nach Berechnungen verschiedener Institute liegt die Bundesrepublik mit ihren Rüstungsexporten weltweit auf Platz drei. Ein Beleg für eine restriktive Gestaltung ist das nicht; im Gegenteil.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die Richtlinie gar nicht gelesen! Was ist denn im Bündnis, in der EU?)

Die deutsche Rüstungsindustrie exportierte im Berichtsjahr Kriegs- und kriegsfähiges Material in über 100 Länder. Auch diese Zahl widerspricht jedem Selbstlob aus den Reihen von Rot-Grün.

Aber die Verstöße gegen die eigenen Richtlinien gehen noch tiefer. In diesen Richtlinien steht unmissverständlich: Die Lieferung von Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind. – Geliefert wurde dennoch zum Beispiel nach Israel, also in eine Region, die durch unkalkulierbare Risiken gekennzeichnet ist.

Dieser Tage gab es weitere Schlagzeilen: Deutsche Konzerne profitieren vom **Irakkrieg**. – Der Hintergrund: Deutsche Rüstungsexporte sind ausgerechnet in jene Länder gestiegen, die am Irakkrieg beteiligt sind. – Sagen Sie mir nun nicht, das seien NATO- bzw. EU-Staaten, also Bündnisstaaten! Die Richtlinien, die Sie sich selbst gegeben haben, schließen Rüstungsexporte in alle Länder aus, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, die nicht von der UNO gedeckt sind. Der Irakkrieg ist völkerrechtswidrig und zugleich ein Affront gegen die UNO. Im Interesse der Bundesrepublik ist er auch nicht. Das haben Sie selbst betont. Nach Ihren eigenen Richtlinien hätten Sie diese Rüstungsexporte also dreifach begründet verhindern müssen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind sehr schräge Beispiele!)

So ist es kein Wunder, dass in der „Welt“ vom 12. Oktober 2004 genüsslich kommentiert wird:

Rüstungsexport ist kein rot-grünes Reizthema mehr. Auf Drängen des Kanzlers fallen jetzt reihenweise die Tabus.

Das alles verschweigen Sie aber in Ihrem Bericht und das macht ihn unglaubwürdig. Zugleich frohlockt die Rüstungslobby. Gerade heute wurde am Rande des Luftfahrtkongresses Rot-Grün dafür gelobt, dass es endlich alle Restriktionen bei Waffenexporten aus dem Weg schafft.

Das trifft übrigens auch auf das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide zu; denn genau betrachtet, fällt auch dieser Bombenabwurfplatz, wenn Sie ihn international vermarkten, unter die Exportrichtlinien.

Danke.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist ja nun sehr merkwürdig! Dieser Vergleich passt wirklich überhaupt nicht!)